

Deutschland-Wuppertal: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 168/2023 01/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal
Postanschrift: Lise-Meitner-Str. 15 - 25
Ort: Wuppertal, Kreisfreie Stadt
NUTS-Code: DEA1A Wuppertal, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 42119
Land: Deutschland
E-Mail: sb.zentrale-vergabestelle@stadt.wuppertal.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.wuppertal.de
Adresse des Beschafferprofils: <https://www.meinauftrag.rib.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/5/tenderId/124233>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.meinauftrag.rib.de>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Stadt Wuppertal, Zentrale Vergabestelle 306.1
Postanschrift: Johannes-Rau-Platz 1
Ort: Wuppertal
NUTS-Code: DEA1A Wuppertal, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 42275
Land: Deutschland
E-Mail: sb.zentrale-vergabestelle@stadt.wuppertal.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.wuppertal.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Fachplanung ELT, Umbau und Erweiterung Schulkomplex und Turnhalle Eichenstr. 59,
Wuppertal

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 189 531,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA1A Wuppertal, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Wuppertal

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Fachplanung ELT, Umbau und Erweiterung Schulkomplex und Turnhalle Eichenstr. 59,
Wuppertal

Für den Fall, dass der Vertrag gekündigt oder anderweitig beendet wird, behält sich der Auftraggeber vor, die Durchführung des Auftrags bzw. der verbleibenden Leistungen den übrigen Bietern - in der Reihenfolge des Ausschreibungsergebnisses und grundsätzlich zu den von diesen im Ausschreibungsverfahren angebotenen finanziellen Konditionen - anzubieten.

Der Auftraggeber stellt dabei sicher, dass der neue Auftragnehmer ebenfalls im Sinne des Ausschreibungsverfahrens geeignet und nicht nach §§ 123, 124 GWB auszuschließen ist.

Der Auftraggeber gewährt dem neuen Auftragnehmer einen angemessenen Zeitraum zur Vorbereitung auf die Vertragsumsetzung. Dabei können dem neuen Auftragnehmer auch notwendige Abweichungen von etwaig angebotenen Vertragsfristen gestattet werden.

Der Auftraggeber und der neue Auftragnehmer können einen neuen Preis unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten vereinbaren, die aus einer etwaigen Verkürzung bzw. Verlängerung des Vertrags oder einer Verschiebung von sonstigen Vertragsfristen resultieren.

Der Auftraggeber wird vor Zuschlagserteilung von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter einen Wettbewerbs- und ggf. Gewerbezentralregistrauszug anfordern.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 189 531,00 EUR

II.2.7.

Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2023 Ende: 31/12/2027

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Beauftragung der Planungsleistungen erfolgt stufenweise gemäß Angaben im Vertragsentwurf. Aus der Beauftragung der Leistungen einer Stufe können weder eine Verpflichtung oder ein Anspruch auf direkte oder zukünftige Beauftragung weiterer Stufen noch auf eine Vergütung dieser Leistungen abgeleitet werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, auf eine Übertragung der Leistungen der weiteren Stufen nach der 1. Stufe zu verzichten. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung weiterer Leistungen dieses Verfahrens besteht nicht. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

Die im Honorarformblatt aufgeführten besonderen Leistungen werden optional angefragt und nicht automatisch mit Abschluss des Verfahrens beauftragt. Die Beauftragung erfolgt mit separatem Schreiben des Auftraggebers gem. Erfordernis. Ein Anspruch auf Beauftragung der Leistungen besteht nicht. Diese Leistungen sind nach Abruf entsprechend dem Projektfortschritt und Bauablauf zu erbringen.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Als vorläufigen Beleg der Eignung akzeptiert der Auftraggeber die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE), sofern diese alle in dieser Bekanntmachung benannten Erklärungen beinhaltet. Die Vorlage der EEE entbindet nicht von der Verpflichtung, die in Abschnitt III benannten Nachweise zum dort benannten Zeitpunkt vorzulegen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Zusammen mit dem Angebot einzureichen:

- Dokument „Angebotsschreiben“ mit den Eigenerklärungen
- über die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister oder anderweitige Erlaubnis zur Berufsausübung
- über die Gewerbeanmeldung.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zusammen mit dem Angebot sind einzureichen:

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz einschließlich des Umsatzes in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung, Anlagengruppen 4 und 5) für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (Eintrag im Dokument „Angebotsschreiben“). Bei Bietergemeinschaften ist als Anlage für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft eine Umsatzerklärung beizufügen.
- Nachweis einer Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung
Dabei ist dem Angebot keine Versicherungspolice, sondern eine Deckungsbestätigung über eine den veröffentlichten Mindestanforderungen entsprechende Versicherung bei einem in der EU zugelassenen Versicherer beizufügen, die zum Ende der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate ist oder alternativ eine rechtsverbindliche Zusage eines in der EU zugelassenen Versicherers zum Abschluss einer den veröffentlichten Mindestanforderungen entsprechenden Versicherung im Auftragsfall (im Falle einer Bietergemeinschaft von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft separat und in voller Höhe).
- Eigenerklärung zur Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung hinsichtlich der Ausschöpfung einer ggf. vereinbarten Jahreshöchstleistung (Eintrag im Dokument „Angebotsschreiben“).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestanforderungen an den Umsatz

Der Mittelwert des Netto-Jahresumsatzes für den Bereich Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung, Anlagengruppen 4 und 5 der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft muss mindestens 80.000 € netto betragen.

Kleine und mittlere Büroorganisationen werden im Sinne des § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV auch gewertet, sofern sie zeitlich noch keine Jahresumsätze über alle drei Jahre nachweisen können.

Mindestanforderungen an die Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung:

- Deckungssummen mindestens in folgender Höhe:
- Personenschäden: 1,5 Mio. €,
- Sach- und Vermögensschäden: 0,25 Mio.
- Die Ersatzleistung des Versicherers muss mindestens das 2-fache der Deckungssummen pro Jahr betragen und die Leistungsbereiche der Nachunternehmer einschließen.
- Die Versicherung muss mindestens für die Dauer der Ausführungsfrist, z. B. unbefristet, sich automatisch verlängernd o. ä. abgeschlossen sein.
- Sofern eine Jahreshöchstleistung vereinbart ist, müssen die o.g. Summen zum Zeitpunkt der Einreichung des Angebotes für Personen-, Sach- und Vermögensschäden für das aktuelle Versicherungsjahr in voller Höhe zur Verfügung stehen.
- Die Deckungsbestätigung/ rechtsverbindliche Zusage der Versicherungsgesellschaft ist nicht älter als 12 Monate zum Ende der Frist zur Einreichung der Angebote.
- Bei Bietergemeinschaften muss jeder Bieter die geforderte Deckungsbestätigung einzeln und in voller Höhe erbringen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zusammen mit dem Angebot sind einzureichen:

- Nachweis, dass mindestens eine Person im Unternehmen des Bieters/ der Bietergemeinschaft bzw. des Unterauftragnehmers eine VdS-Zertifizierung nach DIN 14675 zur Planung von Brandmeldeanlagen (Entwurfs- und Ausführungsplanung – ohne Bezug auf ein bestimmtes Brandmeldesystem) vorweisen kann.
- Eigenerklärung über zu diesem Auftrag vergleichbare erbrachte Leistungen (Referenzen) im Bereich der Technischen Gebäudeausrüstung für die Anlagengruppe 4 & 5 aus den letzten 5

abgeschlossenen Kalenderjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind im Referenzformblatt in Dokument „Angebotsschreiben“.

Für jedes Referenzprojekt ist ein separates Referenzformblatt im Dokument „Angebotsschreiben“ auszufüllen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestens 2 der vorgenannten in Form von Eigenerklärungen vorgelegten Referenz/en erfüllt /erfüllen alle der folgenden Anforderungen:

- Bei dem Referenzauftrag handelt es sich um die Planung der Technische Gebäudeausrüstung der Anlagengruppe 4 & 5 gem. Anlage 15 HOAI, bei der mindestens die Leistungsphasen 1-3 und 5-8 erbracht worden sind von dem Bieter, bzw. von dem Mitglied der Bietergemeinschaft oder dem Unterauftragnehmer, der für diesen Auftrag die Planung der Technische Gebäudeausrüstung der Anlagengruppe 4 & 5 übernehmen soll und
 - das Projekt ist mindestens der Honorarzone II, Anlagengruppe 4 und 5 zugeordnet und
 - die Referenz umfasst eine Kombination aus Neubau und einer Kernsanierung und
 - die Baukosten der KG 440 und KG 450 nach DIN 276 betrugen mindestens 0,80 Mio. € netto
- Alle Referenzaufträge werden nur gewertet, wenn sie erfolgreich mit der werkvertraglichen Abnahme der Bauleistungen des Projekts (z.B. Abschluss der LPH 8 gem. § 34 HOAI) abgeschlossen sind nach dem 01.08.2018.

Der Bieter kann die Referenzen auch durch Vorlage des Eintrages in das PQ-Verzeichnis erbringen. Tut er dies nicht, muss er separate Referenzformblätter einreichen.

Werden die Referenzen nicht mit dem Angebot eingereicht, führt dies zum Ausschluss des Angebots. Eine Nachforderung erfolgt nicht.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Gesellschafter einer Bietergemeinschaft oder die Beteiligung an mehreren Bietergemeinschaften, sind unzulässig und führen zum Ausschluss sämtlicher hiervon betroffenen Angebote, sofern die betroffenen Bieter nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden.

- Mehrfachbeteiligungen von Nachunternehmern sind zulässig, sofern diese keinen maßgeblichen Einfluss auf die Angebotsgestaltung haben.
- Eine Änderung der Person des Bieters oder der Mitglieder der Bietergemeinschaft ist unzulässig. Auf der Ebene der Nachunternehmer sind Veränderungen nur nach Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftragnehmer hat dabei jedenfalls die mindestens gleichwertige Fachkunde und Zuverlässigkeit des Nachunternehmers nachzuweisen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8.

Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 04/10/2023 Ortszeit: 09:30

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 04/10/2023 Ortszeit: 09:30

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Zentrale Vergabestelle, Am Clef 60, 42275 Wuppertal

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bieter müssen zusammen mit dem Angebot bis zum Ende der Angebotsfrist – neben den bereits unter III. aufgeführten Nachweisen - folgende weitere Dokumente einreichen:

- die unterschriebene „Eigenerklärung (Ee) Sanktions-VO“
 - das vollständig ausgefüllte Angebotsschreiben und die Bietererklärung inkl. der darin geforderten Ee (Kartellerklärung, Neutralitätserklärung, Angabe einer möglichen Präqualifizierung, bei Bietergemeinschaften: Bietergemeinschaftserklärung, Ee nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG), dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben u. gesetzlichen Sozialversicherungen erfüllt wurde, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat, dass keine Vergabesperre bei öffentlichen Auftraggebern besteht, zu Insolvenzverfahren oder vergleichbarem, inkl. Verfahrenseröffnung oder Bestätigung eines Insolvenzplans und Angabe ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet sowie Angabe ob Insolvenzverfahren anhängig sind, zur Zuverlässigkeit (Korruptionsverfehlungen, Preisabsprachen, illegale Beschäftigung von Arbeitskräften) sowie Erklärung „Leistungsausführung im eigenen Betrieb und / oder durch Nachunternehmer bzw. Verleiher von Arbeitskräften“ und Erklärung, welche Leistungsteile im Falle einer Auftragserteilung an Nachunternehmer vergeben werden sollen).
 - "Honorarformblatt",
 - Ideenskizze gem. Dokument "Bewertungsmatrix Angebote" und
 - das unausgefüllte Angebotsdokument.docx (erforderlich aus technischen Gründen Ansonsten ist eine Angebotsabgabe nicht möglich. Das Dokument wird nicht Vertragsbestandteil und fließt nicht in die Angebotswertung ein).
- Sofern im Rahmen einer Bietergemeinschaft am Verfahren teilgenommen wird, ist nachzuweisen, dass die Erfüllung der Mindestanforderungen Referenzen in Gänze von der Bietergemeinschaft erfüllt werden. D.h. es ist nachzuweisen, dass alle Leistungsphasen und

sonstigen Kriterien, die als Mindestanforderung für die Hauptreferenzen gefordert werden, von den Mitgliedern der Bietergemeinschaft lückenlos erbracht wurden in den den Anforderungen entsprechenden Referenzenprojekten. Gleiches gilt beim Einsatz von Nachunternehmern. Für die Prüfung der Erfüllung der Mindest- und Bewertungskriterien an die Referenzprojekte werden die Regelungen der HOAI hinsichtlich der erbrachten LPH, der Honorarzone sowie der DIN 276 hinsichtlich der benannten Kostengruppen angewendet. Ausländische Bieter, deren Referenzprojekte nicht den Vorgaben der HOAI und/ oder der DIN 276 entsprechen, dürfen dabei nicht benachteiligt werden. Entsprechend werden ausländische Bieter gebeten, in Ihren Teilnahmeunterlagen darzulegen, inwiefern Ihre Referenzprojekte den für die Hauptreferenzen geforderten Mindestanforderungen entsprechen. Dabei ist die Vergleichbarkeit insbesondere hinsichtlich der Honorarzone, der Baukosten und der erbrachten Leistungen in den einzelnen Leistungsphasen darzulegen.

Die aufgeführten Referenzen werden im Rahmen der Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV abgefragt und müssen sich auf das Unternehmen des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft beziehen. In Abgrenzung dazu werden persönliche Referenzen der Projekt- und Bauleitung gemäß § 58 Abs. 2 Nr. 2 VgV als Zuschlagskriterium zur Angebotsbewertung herangezogen. Die Mindestanforderungen und Kriterien für die Angebotsbewertung sind dem Dokument "Bewertungsmatrix Angebote" zu entnehmen. Der Nachweis der Eignung kann auch durch die Eintragung in ein Präqualifikationsverzeichnis (PQ-V) geführt werden, sofern die geforderten Erklärungen und Bescheinigungen Bestandteil des PQ-V sind. Sollten die im PQ-V hinterlegten Erklärungen nicht die in dieser Bekanntmachung geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten bzw. die geforderten Mindestkriterien nicht erfüllen, muss der Bieter seinem Angebot separate, geeignete Erklärungen und Nachweise beifügen. Diese werden nicht nachgefordert, so dass es zum Angebotsausschluss führt, wenn sie nicht mit der Angebotsabgabe eingereicht werden.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der öffentliche Auftraggeber weist darauf hin, dass gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB ein Nachprüfungsantrag vor der o.g. Vergabekammer unzulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Auf die prozessualen Vorschriften der §§ 160 ff. GWB wird außerdem hingewiesen.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Stadt Wuppertal, 004.2 - Zentrale Vergabestelle

Postanschrift: postalisch Johannes-Rau-Platz 1

Ort: Wuppertal

Postleitzahl: 42275

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

29/08/2023